

# ANTRAG

*Beschluss der BAG Frieden & Internationales auf der Tagung vom 22. September 2024*

*Antragsteller\*in: Sava Stomporowski, Götz Witzel, Imke Kügele, Jakob Lindenthal, Jan Schollmeier, Alex Rohde, Andreas Meinicke, Hans Guttenthaler, Norman Boehm, Winfried Nachtwei, Jasmina Perske, Michael Krüger, Olaf Claus, Esther Joy Dohmen, Jörn Jakschik, Kristóf Gosztonyi*

*Tagesordnungspunkt: TOP 2 Antragsberatungen*

## **A1NEU2: Rüstungsindustrie an sicherheitspolitische Aufgaben und Herausforderungen anpassen**

### **Antragstext**

1 Grüne Außen- und Sicherheitspolitik will Frieden und Freiheit und eine auf  
2 völkerrechtlichen bzw. rechtstaatlichen Prinzipien basierende Ordnung. Unser  
3 Friedensbegriff ist weiter gefasst als eine reine militärische Verteidigung.  
4 Unser Friedensbegriff umfasst die rechtzeitige und insbesondere auch zivile  
5 Krisenprävention und die Unterstützung von Ländern, die aufgrund von Armut,  
6 Klimawandel oder autokratischen Systemen keine Sicherheit erfahren. Seit der  
7 Wiedervereinigung haben wir in Europa massiv abgerüstet und von einer  
8 Friedensdividende gelebt.

9 Unser Friedensbegriff hat sich weiterentwickelt und verschließt sich nicht vor  
10 der Notwendigkeit sicherheitspolitischer Unterstützung, wie bei UN-Missionen,  
11 mandatierten Einsätze oder einem Verteidigungsfall. Wir müssen die neue  
12 internationale Bedrohung ernst nehmen und uns dagegen ausreichend absichern. Als  
13 Mitgliedsstaat von NATO und EU muss Deutschland seine Fähigkeiten und seine  
14 Bereitschaft zur Bündnisverteidigung glaubhaft machen, um Frieden auch durch  
15 Abschreckung wirksam sichern zu können. Dazu müssen wir eine starke Resilienz  
16 gegenüber jedweder Bedrohung und Einflussnahme ausbauen und den aktuellen  
17 Rückstand unserer Verteidigungsfähigkeit aufholen. Es braucht eine gut  
18 ausgestattete und ausgebildete Bundeswehr im Rahmen einer deutschen und  
19 europäischen Sicherheitsarchitektur und der NATO. Aber wir brauchen dafür auch  
20 eine leistungsfähige, europäisch koordinierte Rüstungsindustrie.

21 Wir wollen eine Koordinierung der Rüstungsindustrie, um Fähigkeiten zu bündeln,  
22 die Leistungsfähigkeit zu optimieren und die Skalierbarkeit sicherzustellen. In  
23 diesem Rahmen gilt es für den Bedarf der EU-Länder, unserer NATO-Verbündeter und  
24 weiterer Wertepartner\*innen zu entwickeln und zu produzieren.

25 Deutschland steht damit vor einem Paradigmenwechsel im Rüstungsbereich, in dem  
26 der Staat verlässlich die Weichen für Sicherheit und langfristige Planbarkeit  
27 stellen muss. Unsere nationalen Ziele und die der Sicherheits- und  
28 Verteidigungsindustrie (SVI) müssen an die notwendigen sicherheitspolitischen  
29 Aufgaben und Herausforderungen angepasst werden. Dazu müssen wir die Instrumente  
30 der Industrie-, Kooperations- und Exportpolitik aufeinander abstimmen und mit  
31 ausreichenden Mitteln ausstatten. Bis zum Aufbau einer ausreichenden  
32 Verteidigungs- und Abschreckungsfähigkeit können wir dies nur außerhalb der  
33 Schuldenbremse leisten. In Anbetracht der sicherheitspolitischen  
34 Herausforderungen brauchen wir eine Koordinierung, Konsolidierung und Stärkung  
35 der europäischen Rüstungsindustrie. Dieses Ziel kann erreicht werden, wenn wir  
36 die hier aufgeführten benötigten Sicherheitsbedarfe definieren

37 Aufgrund unserer nationalen und gemeinsamen Sicherheit innerhalb der  
38 Bündnispartner ist es notwendig, unsere Rüstungsindustrie durch staatliche und  
39 zwischenstaatliche Maßnahmen besonders zu schützen. Desinformation,  
40 Cyberangriffe, Spionage und Sabotage sind permanente Gefahrenquellen. Die  
41 Herausforderung besteht darin, hybride Bedrohungen frühzeitig zu erkennen und  
42 abzuwehren.

43 Die Rüstungsindustrie kann nicht auf eigene Faust auf Halbe produzieren, deshalb  
44 braucht sie verlässliche politische Entscheidungen. Die jährlichen  
45 Haushaltsverhandlungen bieten den überwiegend privatwirtschaftlich organisierten  
46 Unternehmen der SVI keine Planungssicherheit, um in den Aus- und Aufbau von  
47 Kapazitäten zu investieren. Wir schlagen daher ein Bundeswehrplanungs-/-  
48 finanzierungsgesetz vor, entsprechende Bemühungen auf EU Ebene sowie ggf. den  
49 Abschluss von langfristigen Verträgen.

50 Zur Sicherung der wehrtechnischen Produktion brauchen wir eine an den  
51 sicherheitspolitischen Herausforderungen angepasste strategische Beschaffung.  
52 Dabei muss der Bedarf der ukrainischen Streitkräfte und weiterer Partner\*innen  
53 berücksichtigt werden. In internationalen Konfliktfällen müssen wir regelmäßig  
54 mit gestörten Lieferketten rechnen. Für die Produktion brauchen wir deshalb  
55 innerhalb der NATO und der PESCO (Permanent Structured Cooperation) ein  
56 gemeinsames und krisenfestes Beschaffungssystem, das Rohstoffe und Ressourcen in  
57 ausreichender Menge zur Verfügung stellt und kritische Bauteile auch selber  
58 produziert. Ein Monitoring der Rohstoffe und Ressourcen sollte durch die  
59 Mitgliedsstaaten der EU und waffensystembezogen erfolgen. Diese Daten sollten

60 innerhalb der EU ausgetauscht werden können. Schutz vor Einflussnahmen oder gar  
61 eine Übernahme durch ausländische Akteure sind durch einen koordinierten  
62 Austausch von nachrichtendienstlichen Informationen zwischen den EU-  
63 Mitgliedstaaten zu verbessern.

64 Wir brauchen auch den Erhalt der technologischen Souveränität, die nur durch  
65 Investitionen im Verteidigungsbereich gesichert sind. Gemeinsam mit unseren  
66 europäischen Partner\*innen müssen wir mit der technologischen Forschung und  
67 Entwicklung auf dem internationalen Markt mithalten. Die Förderung eines  
68 innovativen und forschungsorientierten Unternehmensmilieus (Start-ups,  
69 Neugründungen, kleine Unternehmen, universitäre Ausgründungen etc.) muss ein  
70 wichtiges Standbein auch für eine zukunftsfähige SVI sein und ist dringend  
71 kontinuierlich auszustatten. Innerhalb dieses Rahmens kann der Staat bei der  
72 Ausstattung der Bundeswehr auf erprobte Systeme zurückgreifen, die schnell in  
73 großen Stückzahlen produziert werden können. Hier gilt es durch Harmonisierung  
74 und Standardisierung möglichst im Rahmen gemeinsamer Beschaffungen die Kosten zu  
75 senken und gleichzeitig die Interoperabilität zu steigern. Gleichzeitig zu  
76 diesen technologischen Entwicklungen muss Deutschland auch eine führende Rolle  
77 in der Verteidigung und Weiterentwicklung der internationalen  
78 Rüstungskontrollarchitektur einnehmen. Um mit den rasanten technologischen  
79 Entwicklungen der Industrie mithalten zu können, sollte Deutschland hierbei  
80 sowohl technologiebasierte als auch verhaltensbasierte Rüstungskontrolle  
81 vorantreiben.

82 Im Rahmen einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik(GASP) möchten wir die  
83 EU einbeziehen, die derzeit nur eine begrenzte Rolle bei der Neuordnung des  
84 Rüstungssektors spielt. Sie könnte z.B. Planungsprioritäten der NATO sowie für  
85 die Ukraine definieren oder die Harmonisierung von Anforderungen erleichtern.

86 In internationalen Konfliktfällen kann es zu Versorgungsproblemen kommen.  
87 Deshalb müssen wir auch krisenfeste Vorräte anlegen. Das betrifft  
88 Munitionsbestände, Ersatzteile, Arzneimittel und Medizinprodukte, ggf. auch die  
89 Aufarbeitung alter Waffensysteme. Damit machen wir die europäischen Streitkräfte  
90 organisatorisch und ausrüstungstechnisch kompatibler, um gemeinsam sicherheits-  
91 und verteidigungspolitische Verantwortung zu übernehmen, Fähigkeitslücken zu  
92 schließen und die Handlungsfähigkeit zu erhöhen.

## **Begründung**

Dieser Antrag wurde in der AG Bundeswehr nach der letzten BAG gemeinsam beraten und überarbeitet.